

BEKÄMPFUNG DES SOZIALDUMPING VERLANGT (WIE GESAGT) NACH EINER KOHÄRENTEN REGIERUNGSPOLITIK (2. TEIL)

November 2016, Cloche d'Or: ein weiterer, tragischer, tödlicher Arbeitsunfall ereignet sich auf einer Grossbaustelle, ein Arbeiter wird von einer herabstürzenden Betonplatte erschlagen. Nach dem ersten Schreck und der allgemeinen Betroffenheit werden wieder einmal alle möglichen Stimmen laut, die mehr fordern: mehr Sicherheit, mehr Anstrengungen, mehr Kontrollen, mehr Strafen, mehr Aus- und Weiterbildung, mehr Warnhinweise, mehr mehr mehr. Im Reigen dieser mehr oder minder qualifizierten Stellungnahmen erinnern wir uns insbesondere an die des Arbeitsministers Nicolas Schmit, welche uns eigentlich gut gefallen hat.

Zwar waren seine Aussagen damals nicht unbedingt neu – in der Tat hatte er den Personalmangel bei der ITM bereits vorher mehrere Male ins Gespräch gebracht – doch scheint es an dieser Stelle angebracht, sich daran zu erinnern. In der Tat vermochte der Minister zum einen unnötige Vermischungen und Vereinfachungen zu vermeiden, und zum anderen konkrete Forderungen in bezug auf die Personalausstattung der ITM zu stellen.

So vermittelte er geschickt, dass das Baugewerbe entgegen der landläufigen Meinung sehr wohl grosse Anstrengungen im Bereich der Arbeitssicherheit unternommen habe, und dass die Unfallhäufigkeit tatsächlich rückläufig sei. Desweiteren wies der Minister auf die Achillesferse im System der Arbeitssicherheit hin, nämlich den Mangel an Arbeitsinspektoren bei der Gewerbeinspektion. Damals meinte der Minister, die Gewerbeinspektion brauche kurzfristig 36 neue Agenten, um zumindest die dringlichsten Belange abdecken zu können. Alle Bemühungen der Unternehmen bleiben nämlich in der Summe wirkungslos, wenn nicht alle die gleichen Anstrengungen machen, um die Sicherheit auf der Baustelle zu verbessern. Und nach Ansicht der Fédération des Artisans braucht das Baugewerbe regelmässige, flächendeckende Kontrollen, um auf ALLEN Baustellen – auch den kleinen – für mehr Sicherheit zu sorgen. Wenn vor einem Jahr 36 zusätzliche Inspektoren für diese Aufgaben benötigt wurden, sind es heute bestimmt nicht weniger.

Diese Kontrollen sollen natürlich nicht nur dazu dienen, mit Nagelschuhen zack-zack auf der Baustelle zu erscheinen, rumzuschreien und zu bestrafen. Vielmehr soll sensibilisiert und motiviert werden, damit die Unternehmen die Vorschriften respektieren und die kollektiven und individuellen Schutzmassnahmen im Rahmen des bestehenden Sicherheitsmanagements bestmöglich anwenden. Danach erst sollen die Strafen erfolgen,

nachdem erwiesenemassen, und trotz entsprechender Hinweise, das Unternehmen sich nicht an die „Empfehlungen“ der Arbeitsinspektion gehalten hat.

Das alles ist, wie gesagt, bereits ein Jahr her. Wieder ist in der laaaaangen Geschichte der Gewerbeinspektion ein weiteres Jahr verflossen, das ungenutzt verstrich, während dem zig Arbeitsunfälle nicht ordentlich untersucht und, mangels Analysekapazität der zuständigen Verwaltung, noch viel mehr Arbeitsunfälle nicht präventiv vermieden werden konnten. Wieder einmal wurde viel geredet und geschrieben, wieder einmal ist nichts Wesentliches passiert. Dabei muss man dem Arbeitsminister zugute halten, dass zumindest er eine wirkliche Reform der ITM vorangetrieben hat. Leider blieb diese Reform, zumindest was den Personalbestand angeht, irgendwo stecken im Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Ministerien (Ministern?), die für die Gewerbeinspektion und ihr Personal verantwortlich zeichnen.

Das Handwerk versteht (naja, kann nachvollziehen), dass die Regierung keine große Lust verspürt, das Beamtenstatut wegen der ITM und ihren Personalbedürfnissen aufzumachen, aus Angst vor der Vorstellungskraft der Forderungsmaschinen der CGFP und der Verwaltungen. Doch kann dies nicht der Grund sein, in einer für Wirtschaft und Arbeitnehmer so wichtigen Verwaltung wie der Gewerbeinspektion einfach nichts zu tun und die Situation auszusitzen. Wenn also Nicolas Schmit und Dan Kersch sich nicht auf eine entsprechende Reform des Beamtenstatuts einigen können, dann müssen eben andere Lösungen her! Dabei hat der für die Polizei zuständige Minister Etienne Schneider – seines Zeichens Vize-Premier und Parteikollege sowohl des Arbeitsministers als auch des Ministers für den öffentlichen Dienst – doch an und für sich den Weg gezeigt, der auch für die Gewerbeinspektion gegangen werden könnte, nämlich ein Spezialgesetz!

Das Handwerk verlangt dementsprechend vom Arbeitsminister und von der Regierung, schnellstmöglich ein entsprechendes Spezialgesetz auf den Instanzenweg zu schicken, das Anzahl, Eintrittsbedingungen und Ausbildung der Arbeitsinspektoren regelt und auch ihre Karriere und Arbeitsbedingungen anders als im allgemeinen öffentlichen Dienst festlegen soll. Schliesslich sollen die Arbeitsinspektoren nicht tagein-taus im Büro hocken, sondern in den Betrieben und auf den Baustellen Arbeitssicherheit und Arbeitsbedingungen kontrollieren und verbessern helfen. Auch nach Feierabend und am Wochenende (Schwarzarbeit lässt grüßen!). Diese Inspektoren brauchen die entsprechende Ausbildung, die Machtfülle, aber auch die Lohnbedingungen, die solche Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten ermöglichen!

Darüber hinaus müssen endlich aber auch alle Verwaltungen in Sachen Arbeitssicherheit und Sozialdumping aktiv werden. Schliesslich hat diese Regierung angekündigt, dass mit dem Silodenken zwischen den Verwaltungen Schluss sei. Dies muss ergo auch in Sachen Sozialdumping gelten, oder? Es geht also nicht, dass die Sozialversicherung ihrerseits so tut, als ob sie nichts mit der Gewerbeinspektion zu tun hätte und sich einfach weigert, ihr die nötigen Informationen bezüglich der Arbeitsunfälle zuzustellen. Dies ist umso mehr der Fall, als der Gesetzgeber eigentlich den entsprechenden Informationsaustausch vorgesehen hat.

Ihrerseits ist die Unfallversicherung seit Jahren nicht mehr im Bereich der präventiven Unfallvermeidung auf Betriebsebene aktiv, andererseits ermöglicht es die Sozialversicherung der ITM nicht, durch die Zurverfügungstellung der Untersuchungsresultate der Arbeitsunfälle, selber präventiv tätig zu werden und gezielt beispielsweise gegen sich wiederholende Gefahrenmuster und -situationen vorzugehen. Hier müsste eigentlich der Minister für soziale Sicherheit nach dem Rechten sehen, was ja umso einfacher sein müsste, als er am Rosengärtchen Ministeriumsgebäude samt Parkplatz mit dem für die Gewerbeinspektion zuständigen Arbeitsminister teilt und beide auch noch der gleichen Partei angehören.

Wenn wir also in der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift von Bautenminister François Bausch forderten, in Sachen öffentliche Ausschreibungen für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, um Sozialdumping zu vermeiden, so ist es dieses Mal an Arbeitsminister Nicolas Schmit und am Minister des öffentlichen Dienstes Dan Kersch, das geforderte Spezialgesetz betreffend die Arbeitsbedingungen und Karrieren der Arbeitsinspektoren endlich auf den Weg zu bringen, um aus der Gewerbeinspektion etwas anderen als einen zahnlosen Tiger zu machen. Schliesslich ist es dann auch an Sozialminister Romain Schneider dafür zu sorgen, dass „seine“ Verwaltung nicht länger die Zusammenarbeit mit der Gewerbeinspektion verweigert und den Informationsaustausch ernst nimmt, damit die ITM gezielt ihrer Aufgabe nachkommen kann.

Passiert dies alles nicht binnen kürzester Frist (die Nationalwahlen 2018 werfen schon lange Schatten voraus) darf in den Augen des Handwerks nie wieder ein Mitglied dieser Regierung über Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz referieren, einfach weil man nicht ernst genommen werden kann, wenn man nicht ernst macht!



Romain Schmit | Secrétaire Général
T+352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu
I www.fda.lu | twitter @romschmi



agri-distribution
WOLFF-WEYLAND **AVANT**

AVANT 750 - der Neue in Ihrem Team

Viel Kraft

- Leichtes Handling von Paletten, Schwergut und anderen Lasten
- Sehr kompakt

Ausgezeichnete Technik

- Stufenloser hydrostatischer Antrieb
- Hydraulisch vorgesteuerte Verstellpumpe
- Einfache Bedienung

Große Auswahl an Optionen

- 3 Kabinenvarianten, Heck-Zusatzzhydraulik, Niveaueinstellung und viele andere Optionen

HUBKRAFT 1400 kg	MOTORLEISTUNG 49 PS Diesel	HUBHÖHE 3,1 m	GESCHWINDIGKEIT 25 km/h
---	---	--	--

Agri-Distribution
14, Nidderpallenstrooss
L-6551 Noerdange - Luxembourg

+352 236 37 200 | www.wowey.eu | info@wowey.eu | [/Agri-Distribution](https://www.facebook.com/Agri-Distribution-Luxembourg) | Wolff Weyland | Promedia

LA LUTTE CONTRE LE DUMPING SOCIAL NÉCESSITE DONC UNE POLITIQUE GOUVERNEMENTALE COHÉRENTE (PARTIE 2)

Novembre 2016, Cloche d'Or: un autre accident tragique et mortel se produit sur un grand chantier, un travailleur est tué par une dalle de béton qui tombe. Après la première frayeur et la perplexité générale, les mêmes voix se font encore entendre: plus de sécurité, plus d'efforts, plus de contrôles, plus de punitions, plus d'éducation et de formation, plus d'avertissements, plus encore. Dans la valse des opinions et déclarations plus ou moins qualifiées, on se souvient particulièrement de celles du ministre du Travail, Nicolas Schmit, qu'on a apprécié.



Même si ses déclarations n'étaient ni révolutionnaires ni même nouvelles à l'époque – il avait en effet déjà mentionné le manque de personnel à l'ITM à plusieurs reprises – il nous semble approprié à ce stade de s'en rappeler. D'une part, le ministre a pu éviter les simplifications inutiles et, d'autre part, formuler des demandes concrètes à l'égard de la dotation en personnel de l'ITM.

Il a ainsi rappelé que, contrairement à l'opinion populaire, le secteur de la construction avait déployé de grands efforts dans le domaine de la sécurité au travail et que la fréquence des accidents avait effectivement diminué. En outre, le ministre avait souligné le talon d'Achille du système, à savoir le manque d'inspecteurs du travail. À l'époque, le ministre avait déclaré que l'inspection du travail avait besoin de 36 nouveaux agents à court terme pour parer aux seules urgences. Tous les efforts des entreprises restent en effet incomplets et insatisfaisants tant que tous ne font pas les mêmes efforts pour améliorer la sécurité sur les chantiers. De l'avis de la Fédération des Artisans, la construction a besoin de contrôles réguliers et complets pour assurer la sécurité de tous les chantiers de construction, y compris les plus petits. Si 36 inspecteurs supplémentaires étaient nécessaires pour ces tâches il y a un an, ce chiffre n'aura certes pas diminué entre-temps.

Certes, les agents de contrôle ne devront pas se présenter sur les chantiers en bottes cloutées en vociférant des ordres et en criant au scandale. Ils devront au contraire jouer le rôle de partenaire des entreprises et les sensibiliser et motiver pour le respect de la réglementation et l'utilisation systématique des mesures de protection collectives et individuelles dans le cadre de la gestion de la sécurité. Les sanctions quant à elles ne devraient être appliquées qu'en cas de récidive.

C'était, on l'a dit, il y a un an déjà. Encore une fois dans la looongue histoire de l'inspection du travail, une autre

année s'est écoulée sans réelle amélioration de sa situation et pendant laquelle de nombreux accidents du travail n'ont pas été correctement étudiés et d'autres accidents n'ont ainsi pas pu être évités faute de capacité d'analyse et de travail de prévention de l'administration. Encore une fois, beaucoup a été parlé et écrit, mais des progrès réels n'ont pas pu être réalisés. Le ministre du Travail doit être crédité du fait qu'il a pour le moins réalisé une réforme de l'ITM. Malheureusement et du moins en ce qui concerne la dotation en personnel, cette réforme est restée bloquée quelque part entre les différents ministères (ministres ?) responsables de l'inspection du travail d'un côté et du personnel de l'état de l'autre.

L'artisanat comprend (enfin, peut accepter) que le gouvernement, par peur de l'imagination débordante des administrations étatiques en relation avec leurs dotations en personnel et surtout de la machine à revendications appelée CGFP, n'a guère envie d'ouvrir le statut du fonctionnaire pour couvrir les besoins d'une administration. Toutefois, il est inacceptable que ceci constitue la raison pour laquelle une administration d'importance capitale pour l'économie comme l'inspection du travail en fasse les frais. Si donc Nicolas Schmit et Dan Kersch ne peuvent s'entendre sur une réforme correspondante du statut de la fonction publique, d'autres solutions devront être trouvées. Et elles existent ! Personne d'autre que le ministre de la sécurité intérieure Etienne Schneider – également Vice-premier ministre et du même parti à la fois que le ministre du travail et le ministre de la fonction publique – a ainsi donné l'exemple à suivre en réformant la police, à savoir une loi spéciale ! Ce qu'est la police pour la sécurité du domaine public, l'inspection du travail l'est pour la sécurité et la santé des lieux de travail.

L'artisanat exige en conséquence de la part du ministre du Travail et du gouvernement d'élaborer aussi vite que possible une loi spéciale définissant les effectifs, les conditions d'entrée et de la formation des inspecteurs du travail et de définir leur carrière et les conditions de travail. Contrairement aux fonctionnaires lambda, les inspecteurs du travail ne sont pas censés passer leurs journées derrière un bureau, mais de sortir de l'administration pour contrôler et améliorer la sécurité au travail et les conditions de travail dans les entreprises et sur les chantiers de construction. 24 heures sur 24, 7 jours sur 7 ! Ces inspecteurs du travail ont besoin d'une formation appropriée, des pouvoirs mais aussi d'une carrière spécifique et des conditions salariales qui accompagnent cette mission !

Enfin, toutes les administrations doivent également collaborer et prendre les mesures nécessaires en matière de sécurité du travail et de dumping social. En effet, ce gouvernement avait annoncé les ministères et administrations sortiraient de leurs silos pour faciliter la collaboration et éviter les blocages administratifs (eh oui, les annonces...). Cela doit donc logiquement aussi s'appliquer au dumping social, non ? Cependant le centre

commun de la sécurité sociale (CCSS) refuse tout simplement de fournir à l'ITM les informations nécessaires en relation avec les accidents du travail alors que le législateur a justement prévu cet échange d'informations.

L'assurance-accidents pour sa part n'est plus active dans le domaine de la prévention des accidents au niveau de l'entreprise depuis des années déjà. Parallèlement, le CCSS ne permet pas à l'ITM de prendre des mesures préventives en fournissant des résultats d'enquêtes sur les accidents, empêchant ainsi à cette dernière de réaliser un travail préventif de base digne du nom. Au Ministre de la sécurité sociale de faire le ménage ici, ce qui devrait être d'autant plus facile qu'il partage le bâtiment de son ministère au «Rousengärtchen» avec celui du ministre du Travail compétent pour l'inspection du travail, et que tous les deux appartiennent au même parti qui plus est.

Dans le dernier numéro de notre magazine nous avons interpellé le Ministre des travaux publics François Bausch pour qu'il tienne compte des aspects liés au dumping social dans la réforme des marchés publics. Cette fois c'est donc au tour du ministre du Travail Nicolas Schmit et du ministre de la fonction publique Dan Kersch, afin qu'ils se mettent d'accord sur une loi spéciale «inspecteurs du travail» pour que l'ITM puisse, ENFIN, jouer le rôle que tout le monde attend d'elle. Ensuite c'est au Ministre de la sécurité sociale Romain Schneider de faire cesser le refus de coopération administrative entre CCSS et ITM.

Tout cela devra se passer à brève échéance (les élections nationales en 2018 s'annoncent), autrement aucun membre de ce gouvernement ne pourra plus parler de sécurité et de santé au travail, simplement parce qu'on ne peut pas être pris au sérieux quand on n'agit pas sérieusement !



Romain Schmit | Secrétaire Général

T +352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu

I www.fda.lu | twitter @romschmi

